Ä133

Kapitel

Initiator*innen: Dorothea Staiger (KV Bremen Links der Weser (LdW))

Titel: **Ä133 zu WP2: Was wir als Gesellschaft brauchen**

Text

Von Zeile 4454 bis 4466:

Die Bremische Bürgerschaft ist der zentrale Ort gelebter Demokratie in Bremen. ~~Sie hat bundesweit das geringste hauseigene Personal und verfügt nicht über wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, die den Abgeordneten zuarbeiten. Die Abgeordneten aber nehmen – im Unterschied zu den Flächenländern – zugleich ein kommunales und ein Landtagsmandat wahr. Dies tun sie in Teilzeit. Wir wollen daher **endlich die Parlamentsreform anpacken** und so die Arbeitsfähigkeit des Parlaments erhöhen. Hierzu gehört die Umwandlung der verwaltungsnahen Deputation in ordentliche parlamentarische Ausschüsse, die Aufstockung der Parlamentsrefent*innen sowie Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie bzw. Berufstätigkeit und Mandat. Wir streben außerdem die Einführung eines kontinuierlichen Mechanismus zur Ermittlung der notwendigen Anzahl der Bürgerschaftsmandate an. Am Ende dieses Prozesses könnte auch eine Verkleinerung des Parlaments stehen.~~ Die Abgeordneten aber nehmen – im Unterschied zu den Flächenländern – zugleich ein kommunales und ein Landtagsmandat wahr. Dies tun sie in Teilzeit. Wir wollen daher **endlich die Parlamentsreform anpacken** und so die Arbeitsfähigkeit des Parlaments erhöhen. Hierzu gehört die Umwandlung der verwaltungsnahen Deputation in ordentliche parlamentarische Ausschüsse.

Begründung

Es mag sein, dass andere Bundesländer größere Landtagsverwaltungen haben, aber sie sind eben auch größer als Bremen. Und es ist nicht richtig, dass es in Bremen keine wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen gibt, die den Abgeordneten zuarbeiten. Denn was sonst machen die Parlamentsreferent*innen?

Es kommt nie gut an, wenn Politik in eigener Sache eine bessere Ausstattung fordert. Auch und gerade nachdem eine durchaus strittige Vergrößerung der Bürgerschaft beschlossen wurde. Das am Ende eines kontinuierlichen Mechanismus zur Ermittlung der notwendigen Anzahl Bürgerschaftsmandate auch eine Verkleinerung des Parlaments bewirken könnte, klingt geradezu zynisch.

Davon unabhängig kann in der kommenden Legislatur durchaus eine Änderung im Hinblick auf eine Aufstockung der Parlamentsreferent*innen etc. angestrebt werden. Das muss dann den Bürger*innen sehr gut vermittelt werden und muss nicht im Wahlprogramm stehen.